

schaftlichen Freiheiten, die Rechte der Verteidigung und die Sicherheit der Einzelperson gegeben. Hier herrscht das Prinzip der Gesetzlichkeit, das jeden Mißbrauch des Rechts oder von rechtlichen Institutionen ausschließt, dessen Beachtung oberstes Gesetz im Staate ist und dessen Mißachtung eines der schwersten Vergehen gegen die Gesellschaft darstellt. -Die -Entwicklung in diesen Ländern ist von dem Streben nach einer ständigen Steigerung des Lebensstandards und dem Wunsch eines dauerhaften Friedens beherrscht. Die Erfolge, die die einzelnen Berichte eingehend schildern, weisen den anderen Völkern den Weg zur Erlangung ihrer demokratischen Freiheiten und Rechte.

Wenn die Referate und Dokumente der Konferenz auch von Juristen verfaßt wurden und sich in erster Linie an Juristen wenden, so wäre es sehr zu begrüßen, wenn das Buch auch über diese Kreise hinaus anderen Tilen der Bevölkerung zugänglich gemacht würde. Die Verteidigung der demokratischen Freiheiten geht heute jeden einzelnen Menschen an. Auch der Nichtjurist wird aus dem veröffentlichten Material viele Anregungen erhalten, zumal die Beiträge in einer für jeden verständlichen Sprache gehalten sind und ein anschauliches Bild der behandelten Probleme vermitteln.

Daß das Buch in die Hände eines jeden Juristen gehört, bedarf keiner weiteren Ausführung. In der von der Konferenz angenommenen Entschließung werden die hohen Aufgaben, die allen Juristen bei der Verteidigung der demokratischen Freiheiten gestellt sind, klar umrissen. Sie bestehen für den Gesetzgeber darin, seine Stimme „solchen Gesetzen zu verweigern, die sich gegen die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger auswirken“. Der Richter hat die Aufgabe, „die Gesetz-

lichkeit aufs genaueste einzuhalten, damit die Freiheiten der Staatsbürger und die Rechte der Organisationen gewährleistet bleiben“. Dem Anwalt obliegt es, „die Interessen der Bürger und Vereinigungen, insbesondere in gegen Demokraten gerichteten politischen Prozessen, zu verteidigen“. Der Wissenschaftler muß zur Verteidigung der Freiheit durch Bekämpfung solcher Theorien beitragen, „die den Verfassungsbruch und die Aufhebung der Freiheiten zu rechtfertigen trachten“.

So zeigt das Buch jedem von uns, wie er seinen Beitrag zur Erhaltung des Friedens leisten kann, wobei der von der Konferenz beschlossene Erfahrungsaustausch die Verbindung unter allen Juristen der Welt, die den Frieden lieben und denen die Erhaltung der Menschenrechte am Herzen liegt, verstärken und festigen wird.

Die Konferenz, deren Inhalt uns das Buch nahe bringt, fand in den ersten Januartagen statt. Inzwischen haben die bedeutendsten Ereignisse des Jahres, die Außenministerkonferenzen in Berlin und Genf, der Waffenstillstand in Indochina, der Zusammenbruch der EVG bewiesen, daß die unablässigen Bemühungen der Völker um eine internationale Entspannung zu greifbaren Ergebnissen führen. In vielfacher Hinsicht stellen diese Ereignisse die Bestätigung von Ausführungen einzelner Kapitel des Buches dar. In einer Zeit, in der die Notwendigkeit zu internationaler Verständigung als einer wesentlichen Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben der Völker immer stärker hervortritt, wird mit diesem Buch in die Hände unserer Juristen ein unschätzbare Hilfsmittel gegeben, die Anstrengungen und die Erfolge von Juristen in der ganzen Welt kennenzulernen, die im Einklang mit den Völkern ihrer Länder an der Verteidigung des Friedens wirken.

## Zum Anti-Kommunisten-Gesetz der USA

Von JOSEF STREIT, Berlin

Als im Jahre 1940 im Kongreß der USA das Smith-Gesetz angenommen wurde, war die Öffentlichkeit der Meinung, daß dieses Gesetz sich gegen die amerikanischen Nazis richtete. Wären die amerikanischen Arbeiter damals auf der Hut gewesen, hätten sie gemerkt, daß dieses Gesetz nicht gegen die Nazis, sondern gegen die Linken gerichtet war.

Das Smith-Gesetz ist während des zweiten Weltkrieges nicht angewandt worden; doch kaum war der Krieg beendet, wurde es gegen die Kommunistische Partei und deren Führer benutzt.

Welche Tatbestände stellt das Smith-Gesetz unter Strafe? Das Smith-Gesetz bedroht alle jene mit schweren Strafen, „die die Notwendigkeit, Erwünschtheit oder Zulässigkeit des Sturzes irgendeiner Regierung in den Vereinigten Staaten durch Anwendung von Zwang und Gewalt empfehlen, verkünden oder lehren“. Ferner bedroht dieses „Kautschukgesetz jedermann, der „irgend etwas Geschriebenes oder Gedrucktes druckt, veröffentlicht, redigiert, herausgibt, verkauft, verbreitet oder öffentlich ausstellt, das die Notwendigkeit, Erwünschtheit oder Zulässigkeit des Sturzes irgendeiner Regierung empfiehlt, verkündet oder lehrt...“ usw. Das sind aber nicht alle Tatbestände. Mit schwersten Strafen werden auch alle die bedroht, „die irgendwelche Vereinigungen, Gruppen oder Versammlungen von Personen organisieren oder zu organisieren behilflich sind, die den Sturz irgendeiner Regierung lehren, empfehlen oder betreiben...“ usw.

Obwohl das USA-Justizministerium sehr genau weiß, daß die Kommunistische Partei der USA in ihrem Statut ausdrücklich festgelegt hat, daß jedes Mitglied, das Gewaltmethoden empfiehlt oder anwendet, aus der Partei ausgeschlossen wird, wurde das Smith-Gesetz gegen viele Führer der Kommunistischen Partei angewendet, und es wurden hohe Strafen ausgesprochen. Das war möglich durch die Ausnutzung von staatlich bezahlten Spitzeln, Denunzianten und Achtgrotschenjungen, deren Aufgabe darin besteht, zu beeiden, daß in Versammlungen der Kommunistischen Partei Zwangs- und Gewaltmaßnahmen propagiert wurden. In den meisten Prozessen wird dann festgestellt, daß die Angeklagten „die Prinzipien des Marxismus gelehrt haben“, die nach der Aus-

legung des Justizministeriums „als gefährliche Gewalttheorien“ klassifiziert werden, „die auf den Sturz der Regierung ausgehen“.

Eine solche Anwendung des Smith-Gesetzes ist eine ungeheure Verletzung der Verfassung, die in ihrem „Ersten Zusatz“ den Grundsatz der Gesinnungs- und Vereinigungsfreiheit gewährleistet. Hierauf haben schon vor Jahren die Richter des Obersten Gerichts der USA Black und Douglas hingewiesen. Dem Smith-Gesetz folgte 1950 ein weiteres Gesetz über die „Innere Sicherheit“, das McCarran-Gesetz, nach dem Namen eines der übelsten Kommunistenhetzer, des Senators McCarran benannt, der die großen Erzbergbaugesellschaften von Nevada kontrolliert und eng mit dem Verband der Industriellen zusammenarbeitet.

Dieses Gesetz verpflichtet sog. Agenten ausländischer Regierungen, sich registrieren zu lassen und Fragen, die gestellt werden, zu beantworten. Das Gesetz sieht schwere Strafen vor für alle, die sich nicht registrieren lassen. Wer sich aber registrieren läßt, läuft Gefahr, damit zuzugeben, sowjetischer Spion zu sein, und ein „Untersuchungsausschuß“ zur Klärung der Frage, ob die Kommunistische Partei von Moskau kontrolliert werde, hat diese Frage bejaht, obwohl kein einziges Beweismittel vorgelegt werden konnte. Selbst der ehemalige Präsident Truman nannte dieses Gesetz eine „Büchse der Pandora voller Mittelchen zur offiziellen Ächtung von Organisationen und Personen wegen durchaus ehrenwerter Meinungen, die zufälligerweise auch von Kommunisten vertreten werden“. Frank Rosenblum, ein rechter Vizepräsident der CIO, erklärte: „Eine Woge neuer Gesetze, beginnend mit dem Taft-Hartley-Gesetz und dem Smith-Gesetz und mit dem McCarran-Gesetz mittendrin, hat tatsächlich ein paralleles Gesetzsystem geschaffen, das die Bill of Rights, die Verfassung und unsere traditionellen Rechtsbegriffe verdrängt. Das ist faktisch eine Wendung zum Faschismus, eine handgreifliche Gefahr für die Arbeiter und alle liberalen Bestandteile der Gesellschaft. Diese reaktionäre Bewegung wird von jenen gelenkt, die Demokratie durch Faschismus ersetzen wollen, obgleich sie den Eindruck zu erwecken versuchen, daß sie gegen die Kommunisten gerichtet sei.“